

# Frankfurter Allgemeine

HERAUSGEGEBEN VON GERALD BRAUNBERGER, JÜRGEN KAUBE, CARSTEN KNOP, BERTHOLD KOHLER

GANG NACH KARLSRUHE?

## Die AfD will gegen den Haushalt klagen

VON CORINNA BUDRAS UND MANFRED SCHÄFERS - AKTUALISIERT AM 29.01.2024 - 16:12



**Die AfD-Fraktion möchte den Haushalt 2024 vor dem Bundesverfassungsgericht angreifen. Dafür braucht sie die Union – doch die will nicht mitmachen.**

**D**ie AfD-Fraktion hält den Haushalt der Bundesregierung für das Jahr 2024 für verfassungswidrig und möchte ihn vor dem Bundesverfassungsgericht angreifen. Das sagte der haushaltspolitische Sprecher der AfD, Peter Boehringer, am Montag in Berlin. Um dies zu ermöglichen, hat er die Unionsfraktion im Bundestag aufgefordert, gemeinsam einen Normenkontrollantrag einzureichen. Für diesen Antrag braucht es 25 Prozent der Mandate, die die AfD allein nicht zusammenbekommt. „Wir sind gespannt, wie die Union an dieser Stelle abstimmt“, sagte Boehringer.



**Corinna Budras**

Wirtschaftskorrespondentin in Berlin.

Folgen

CDU und CSU denken indessen nicht daran, mit der AfD in Karlsruhe gemeinsame Sache zu machen. „Die Unionsfraktion wird den Haushalt 2024 nicht beklagen und auch andere nicht darin unterstützen“, sagte der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion, Mathias Middelberg, der F.A.Z. An dem Etat gebe es inhaltlich viel zu kritisieren, vor allem die ungerechten Steuer- und Abgabenerhöhungen zulasten der arbeitenden Bevölkerung.

### Die Ampel musste mehrfach korrigieren

Auch rechtlich gibt es kritische Punkte, insbesondere hinsichtlich der Verwendung der Mittel aus dem Sondervermögen Bundeswehr. Eine Klage sei deshalb aber nicht angezeigt. „Bei den aus unserer Sicht verfassungsrechtlich



**Manfred Schäfers**

Wirtschaftskorrespondent in Berlin.

Folgen

höchst bedenklichen Punkten, insbesondere der zweckwidrigen Verwendung von Corona-Zuschüssen, die der Bundesagentur für Arbeit gewährt wurden, hat die Ampel glücklicherweise Einsicht gezeigt“, meinte der CDU-Politiker Middelberg.

Die **Unionsfraktion** hatte gegen den zweiten Nachtragshaushalt 2021 in Karlsruhe geklagt. Mitte November entschied das Bundesverfassungsgericht, dass die Koalition zu Unrecht 60 Milliarden Euro in den Klimafonds umgelenkt hat und Notlagenkredite grundsätzlich am Ende eines Jahres verfallen. In der Folge musste das Ampelbündnis ihr Finanztableau für dieses Jahr mehrfach korrigieren – auch unter dem Eindruck mahrender Stimmen in Anhörungen durch den zuständigen Ausschuss des Bundestags. Die abschließende Beratung im Plenum hat sich um zwei Monate verzögert. An diesem Freitag ist die Schlussabstimmung über den Etat 2024.

## MEHR ZUM THEMA



DEMONSTRATIONEN „GEGEN RECHTS“

Signale nach Berlin



ALLENSBACH-UMFRAGE

Die demotivierte Gesellschaft



HAUSHALT IM BUNDESTAG

Ist die Ampel am Ende?

Anders als vom Bundesverfassungsgericht vorgegeben, seien Einsparungen in diesem Haushalt so gut wie nicht zu finden, argumentierte der AfD-Politiker Boehringer. Die veranschlagten Neuschulden von 39 Milliarden Euro entsprächen nur einem Drittel der Wahrheit. Zudem würden 28 Milliarden Euro verfassungswidrig im Klimafonds aufgenommen. Aus der allgemeinen Rücklage würden 10 Milliarden Euro überjährig genutzt, auch das stehe nach Auffassung der AfD nicht im Einklang mit den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts.

Boehringer kritisierte außerdem die Schulden der EU, die Finanzierung der Waffenlieferungen an die Ukraine mithilfe der Sondermittel für die Bundeswehr und die geplante Kapitalerhöhung bei der Deutschen Bahn. In den Haushaltsberatungen habe die AfD 400 Änderungsanträge gestellt, mit denen rund 100 Milliarden Euro eingespart werden könnten, ohne dass den Bürgern etwas fehle, betonte Bernd Baumann, Parlamentarischer Geschäftsführer der AfD-Fraktion.

Quelle: F.A.Z.

[Hier](#) können Sie die Rechte an diesem Artikel erwerben.

## WEITERE THEMEN



MIT ZWEIMONATIGER VERSPÄTUNG

Bundestag beschließt  
Bundeshaushalt für  
2024



MERZ ZU SCHOLZ

„Bitte ersparen Sie sich  
und uns Ihre Aufrufe zur  
Zusammenarbeit“



SANIERUNGSSTAU IM SPORT

200 Millionen Euro als  
„Tropfen auf den heißen  
Stein“